An alle Haushalte

BURGWEDEL *im* BLICK

BURGWEDEL SPD

ZEITUNG DES SPD-ORTSVEREINS BURGWEDEL | AUSGABE 2/2017

Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger,

mit Kompetenz, Engagement und Leidenschaft vertrete ich die Menschen aus Langenhagen, Isernhagen und Burgwedel seit 2008 im Niedersächsischen Landtag.

In den vergangenen Jahren haben wir viel für Niedersachsen und den Wahlkreis erreicht. Und wir haben noch viel vor. Ich bin davon überzeugt: Wir müssen unser Niedersachsen und unsere Region weiter fit für die Zukunft machen – und dafür habe ich klare Ziele.

Regelmäßig besuche ich Bürgerinnen und Bürger, soziale Einrichtungen und Unternehmen vor Ort. Die besten Ideen entstehen im Austausch. Mich interessieren Ihre Probleme, Vorstellungen und Visionen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen im Gespräch über die Zukunft Niedersachsens und unseres Wahlkreises zu bleiben.

Mit Stephan Weil als Ministerpräsidenten wollen wir weiterhin gute Politik für Niedersachsen machen. Deshalb trete ich zur Landtagswahl am 15. Oktober 2017 erneut an. Ich werbe um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Ihr

Marco Brunotte
Landtagskanditat für den Wahlkreis 31
Langenhagen, Burgwedel und Isernhagen

GYMNASIUM GROSSBURGWEDEL: NEUBAU STATT SANIERUNG

Von Lars Rosenbusch

Da mag einem schon ein wenig bange werden: 34 Millionen Euro soll der Neubau des Gymnasiums kosten. Eine Summe, die auch die finanziell vergleichsweise gut aufgestellte Stadt Burgwedel nicht aus dem laufenden Haushalt bestreiten kann. Eine Finanzierung des Betrags ist unumgänglich. Und spätestens hier gilt es zu fragen, ob nicht auch eine Sanierung des Bestandsgebäudes machbar ist – so schlecht kann es schließlich nicht aussehen, zumal die Stadt mit ihren Gebäuden doch gemeinhin gut umgeht. So müsste es doch möglich sein, mit einem deutlich kleineren Betrag etwaige bauliche Probleme schnell auszuräumen und eine gute Ausgangslage für das Gymnasium zu schaffen.

Je tiefer man aber in die Materie eintaucht, desto klarer wird: Mit den Investitionsmaßstäben aus der privaten Erfahrung kommt man hier nicht weiter. Bei dieser Investition handelt es sich eben nicht um eine neue Heizungsanlage oder einen Wintergarten. Auch spielt bei Weitem nicht nur die Summe an sich eine Rolle: Eine Kommune ist zur wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung verpflichtet - so will es aus gutem Grund das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz. Und im Rahmen dieser Verpflichtung wurde sodann mittels einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung genau hingeschaut: Bau- und Finanzierungskosten, Folgekosten, Risikokosten, Interimskosten (z. B. Container während der Bauphase). Das Ergebnis mag verwundern, ist aber deutlich: Über die voraussichtliche Nutzungsdauer berechnet fällt der Neubau günstiger aus als eine Sanierung. Dazu muss man sich vergegenwärtigen, dass das Gebäude in den 60er Jahren entstanden ist. Seitdem wurde einiges saniert, aber nichts wirklich erneuert. Aufgrund des höheren Flächenbedarfs für eine moderne Pädagogik ist eine Erweiterung der bisherigen Gebäude nötig. Umgekehrt förderte die Wirtschaftlichkeitsberechnung natürlich auch diese Erkenntnis zu Tage: Wenn der Neubau günstiger ist, muss die Sanierung teurer sein – das heißt, der Überlegung, mit einem verhältnismäßig geringerem Betrag baulichen Defiziten beikommen zu wollen, muss eine klare Absage erteilt werden.

Ein Neubau bringt weiterhin zwei große Vorteile. Eine AG von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern des Gymnasiums hat in arbeitsreichen Sitzungen ein Konzept erarbeitet, das Anforderungen an eine moderne

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1
Ausbildung berücksichtigt. Auch in Gymnasien sind die Lerngruppen heute so heterogen, dass zum Teil Unterricht in verschiedenen Gruppen notwendig ist. Daraus ergibt sich ein Raumbedarf, der mit einer Sanierung nicht erreicht werden kann. Am besten wird das Konzept, das von allen Parteien und Gruppen im Rat angenommen worden ist, in einem Neubau umgesetzt, der gleich nach den Bedürfnissen geplant wird.

Der zweite Vorteil betrifft die Energiebilanz des Hauses. Bei einer Sanierung sind nicht die aktuellen Standards der Energieverordnungen umzusetzen, bei einem Neubau schon. Langfristig rechnet sich der Neubau also auch, wenn man unser Klimaschutzprogramm erst nimmt.

Zentraler Aspekt eines Vorhabens dieser Größenordnung muss aber auch bei historisch guter Lage für Investitionen letztlich der gewonnene Mehrwert sein – gleich, ob am Ende saniert oder neu gebaut wird: Neben dem Gymnasium profitieren auch Vereine und die IGS von den neu hinzugewonnenen Räumlichkeiten. Die IGS hat in der Vergangenheit Räume an das Gymnasium abtreten müssen, die sie jetzt selbst benötigt. Das neue Gebäude wird zukunftssicher: Energetische, räumliche und pädagogische Aspekte können in einem Zug Berücksichtigung finden. Lehrerinnen und Lehrer können ihren Beruf unter gleichbleibend guten Bedingungen ausüben und die Stadt Burgwedel untermauert die Tatsache, ein attraktiver Wohnort mit guten Bedingungen für Familien zu sein. In allererster Linie kommt die Investition aber denjenigen zu Gute, denen der höchste Stellenwert eingeräumt werden muss: den Kindern und Jugendlichen, die auch in Zukunft eine Schulbildung unter hervorragenden Bedingungen in Anspruch nehmen können.

KOMMUNALPOLITIKER_INNEN STELLEN SICH VOR

Alter: 40 Jahre
Beruf: Sozialwissenschaftlerin
Politisch aktiv: stellvertretende Vorsitzende im SPD Ortsverein Großburgwedel

ANKE BSTEH

Ich komme aus der wunderschönen Lausitz und habe nach meiner Ausbildung zur Industriekauffrau 13 Jahre in Berlin gewohnt. Der Liebe wegen bin ich nach Hannover gezogen. Seit 4 Jahren lebe ich mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern in Großburgwedel. Diese Stadt ist uns zu einer neuen Heimat geworden, in der wir viele herzliche und aufgeschlossene Menschen kennengelernt haben und uns rundum wohlfühlen.

Schon immer war ich ein politisch denkender Mensch. Auch während des Studiums nahm die Politikwissenschaft einen großen fachlichen Teil ein. Das Mutterwerden und der Umzug nach Großburgwedel haben mir gezeigt, wie schwierig bei allem Engagement und guten Willen es ist, als junge Mutter den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu finden. Ich erlebe intensiv, dass zu einer gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch ein gut ausgebautes Netz an Kindertageseinrichtungen gehört, welches eine hohe Qualität der Kinderbetreuung für unsere Kleinsten gewährleisten muss. Deshalb setze ich mich in der SPD für frühkindliche und schulische Bildung ein.

Auch beruflich habe ich meinen Weg gefunden und arbeite im Niedersächsischen Landtag für die SPD-Fraktion im Referat für Bildung, Wissenschaft und Kultur – genau die Themen, die mich begeistern, bewegen und motivieren, nicht nur politisch zu denken, sondern auch zu handeln.

HENRIK MASSOW

»Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!« – Ich bin der Meinung, dass dieses etwa 100 Jahre alte Zitat von Rosa Luxemburg auch heute noch unverändert Gültigkeit besitzt. In Gesprächen höre ich oft, dass viele Leute von der Politik der sog. etablierten Parteien frustriert sind. Doch gerade deshalb möchte ich insbesondere junge Menschen ermutigen, sich zu engagieren, einzumischen und mitzugestalten, statt die Gestaltung unseres Gemeinwesens und unserer Zukunft anderen zu überlassen. Mit dieser Absicht – jungen Leuten (bis 35 Jahre) eine größere politische Stimme zu verleihen –, haben wir letztes Jahr auch die Juso AG Burgwedel neu gegründet.

Alter: 35 Jahre
Beruf: Steuerberater
Politisch aktiv: Beisitzer im Ortsverein der SPD Burgwedel
Ehrenamt: Vorstandsmitglied der Juso-AG Burgwedel
Vorsitzender des Schulelternrats der Sonnenblumenschule Thönse
In der SPD seit: 2016

Gerade die Themen »Erhalt des Krankenhauses« und »Neubau des Gymnasiums«, bei denen sich Mitglieder der SPD Burgwedel sehr engagiert einbrachten, haben mir verdeutlicht, dass nur durch persönlichen Einsatz der besondere, lebenswerte Charakter Burgwedels auch in Zukunft für uns und unsere Kinder erhalten werden kann. Hierin sehe ich das Ziel meines kommunalpolitischen Engagements.

MARCO BRUNOTTE: »WIR STEHEN FÜR ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT IN NIEDERSACHSEN!«

Marco Brunotte (rechts) mit Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius.

»Das war ein ganz starkes Signal: Wir gehen geschlossen und hochmotiviert in die Landtagswahl!«, freut Marco Brunotte sich. Auf dem SPD-Landesparteitag in Hannover war die Stimmung gut. Die Delegierten der niedersächsischen SPD haben den Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Stephan Weil mit einem überragenden Ergebnis zum Spitzenkandidaten gekürt: Er erhielt von allen 180 Delegierten, die an der Abstimmung teilnahmen, die Zustimmung. Bei seiner Nominierungsrede schwor Weil die Partei auf den Landtagswahlkampf ein.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident zeigte sich kämpferisch: »Ich werde mich in den nächsten Wochen nicht schonen, ich werde kämpfen, mit allem was ich habe. Wir sind die Partei der Bildung, wir sind die Partei der Arbeit, wir sind die Partei des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir sorgen für ein starkes Niedersachsen auch in der Zukunft und wir sorgen dafür, dass dieses Land zusammenhält.« Stephan Weil betonte, er sei stolz auf das, was die Landesregierung in den letzten Jahren erreicht habe: »Niedersachsen ist so stark wie noch niemals zuvor.« Die Delegierten dankten Stephan Weil mit einem einstimmigen Ergebnis.

Stephan Weil erinnerte in seiner Rede auch an die Vorgänge um den Fraktionswechsel von Elke Twesten, die zur vorgezogenen Neuwahl geführt hatten: »2013 gab es ein knappes, aber klares Wahlergebnis: Die Mehrheit der Wähler hat Rot/Grün das Land Niedersachsen für die nächsten fünf Jahre anvertraut. Wer dieses Ergebnis in sein Gegenteil umkehrt, der verdreht mit dieser Entscheidung auch das Votum der Wählerinnen und Wähler.« Die Vorgänge hätten zu Recht bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Empörung ausgelöst. Die Verantwortung dafür trage die CDU: »Es ist nicht diese eine Abgeordnete alleine, die dafür die Verantwortung trägt. Verantwortung trägt vor allem auch die niedersächsische CDU.«

Über ein hervorragendes Ergebnis kann sich auch Marco Brunotte, Landtagsabgeordneter für Burgwedel, Langenhagen und Isernhagen, freuen: Er wurde von den Delegierten auf Platz 11 und damit weit nach vorn in die Spitze auf der Landesliste gewählt. »Das ist nicht nur eine Bestätigung der geleisteten Arbeit, sondern auch besondere Motivation für die Zukunft!«, freut sich der 40jährige Landtagsabgeordnete. Bereits seit zehn Jahren vertritt er seinen Wahlkreis im Niedersächsischen Landtag.

MARCO BRUNOTTE – IHR LANDTAGSABGEORDNETER

Im Landtag ist Marco Brunotte Mitglied in den Ausschüssen für Soziales und Recht, im Unterausschuss Justizvollzug sowie Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes. Für die SPD-Fraktion ist er Sprecher für Wohnungs- und Städtebau sowie Justizvollzug und Straffälligenhilfe. Zudem ist er Vorsitzender des Kuratoriums der neugegründeten Landeszentrale für politische Bildung. »Ich freue mich, dass ich in vielen Themenfeldern der Landespolitik Verantwortung übernehmen darf und Gestaltungsspielräume nutzen kann«, sagt Marco Brunotte.

»Der Erhalt des Krankenhauses in Großburgwedel ist mir wichtig. Deswegen engagiere ich mich für eine Förderung des notwendigen Neubaus durch das Land Niedersachsen«, betont Marco Brunotte. Für die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser in Niedersachsen zur Behebung des Sanierungsstaus hat die SPD-geführte Landesregierung fast 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Auch ein weiterer Erfolg der Landespolitik wird vor Ort in Burgwedel sichtbar. So konnte durch ein neues Schulgesetz die IGS in Burgwedel gegründet werden.

»Wir werden die nächsten Wochen bis zur Landtagswahl nutzen, um für unsere Überzeugungen zu werben. Zukunft und Zusammenhalt bedeutet Investitionen in gute Bildung und Arbeit, in eine zukunftsfähige Infrastruktur bei Verkehrs- und Datennetzen, in soziale Daseinsvorsorge bei Gesundheit und Pflege und bezahlbaren Wohnraum!«, ist Marco Brunotte überzeugt. Ganz konkret will

die Niedersachsen-SPD die KiTa-Gebühren abschaffen, jährlich 25.000 neue bezahlbare Wohnungen fördern und mit einem Niedersachsen-Fonds in Höhe von rund einer Milliarde Euro neue Zukunftsinvestitionen im gesamten Land auf den Weg bringen.

ERFAHRUNGSBERICHT MEINER REISE ZU DEN YEZIDEN IN DEN NORDIRAK

Von Bedri Özdemir

Im September 2014 wollte ich mit dem Bundesvorstand der SPD den Irak besuchen, leider kam die Reise nicht zustande. Daher habe ich beschlossen, auf eigene Faust zu reisen. Einige werden sich fragen, warum ich mich so sehr für die Yeziden interessiere? Ich gehöre selbst zu dieser Minderheit, und das Schicksal der Yeziden im Irak hätte mich und meine Familie wahrscheinlich auch ereilt, wenn wir nicht nach Deutschland gekommen wären.

Als die Menschen von den IS-Schergen eingekesselt waren, haben einige sich mehrmals bei mir gemeldet und um Hilfe durch die Bundesregierung gebeten. Bis auf ein paar Ausnahmen wurde ich stets kritisiert, dass ich übertreiben würde.

Machen wir uns nichts vor, wenn politische Delegationen ein Land oder ein Camp besuchen, wird alles vorbereitet, und man sieht selten, wie die Realität in diesen Ländern aussieht. Ich habe viel Elend und Ungerechtigkeit mit eigenen Augen gesehen.

Ab dem 3. August 2014 überfielen die IS-»Gotteskrieger« die yezidischen Dörfer und Siedlungen in Sincar (Shengal). Die IS-Terroristen haben damit begonnen, die Yeziden zu zwangsislamisieren und diejenigen, die nicht dazu bereit waren, zu ermorden. Frauen und Kinder wurden entführt, versklavt und verkauft.

UND JETZT ZU MEINER REISE:

Am 10. März 2017 bin ich um 2.30 Uhr in Erbil, der Hauptstadt des autonomen Kurdistan, gelandet. Ich wurde von drei Yeziden vom Flughafen abgeholt und wir sind nach Xanke gefahren. Auf dem Weg nach Xanke wurde mir erst klar, unter welchen Bedingungen Minderheiten dort leben. In einer Raststätte haben mich die Begleiter gebeten, leise und unauffällig zu reden, weil ich als Yezide dort nicht willkommen bin. Erst da war mir bewusst, dass es für mich und meine Begleiter sehr ernst werden konnte. Um 6:00 h Uhr morgens kamen wir bei einer Flüchtlingsfamilie an. Die Familie ist vor dem IS geflohen und sie haben in einem verlassenen Haus gelebt. Am ersten Tag habe ich kaum geschlafen, weil ich auf dem harten Boden mit vier Männern aus der Familie in einem Zimmer übernachten musste.

Am nächsten Tag wollten wir nach Shengal, aber am Grenzübergang wurde ich unfreundlich und grob mit dem Argument abgewiesen, dass ich kein einheimischer Bürger sei und mich der PKK anschließen könnte. Anschließend haben wir Flüchtlinge im Camp Xanke besucht.

Da wohnt die Familie Murad Find Ehend aus Shengal. Die Mutter lebt dort allein mit den sieben Kindern. Sowohl die Mutter als auch alle Kinder sind krank, aber sie bekommen trotz eines ärztlichen Attests keine ärztliche Hilfe, weil sie nicht Mitglieder der Masoud Barzani Partei sind.

Die Familie Xelil Daud Babu kommt aus dem Dorf Koço, das sehr vielen Interessierten ein Begriff ist. Viele der vermissten Yeziden kamen aus Koço und Umgebung. Die Frau war fast zwei Jahre in Gefangenschaft des IS, sie und vier Kinder wurden von einem Yeziden aus Deutschland mit vier Kindern freigekauft. Vom Ehemann und drei Kindern fehlt bis heute jede Spur.

Naif Brahim Xelef ist in Sinune mit ca. 320 anderen Personen verhaftet und nach Syrien verschleppt worden. Sie wurden in eine Schule eingesperrt. In diesem Gebäude hat der IS die Menschen voneinander nach Alter und Geschlecht getrennt. Kinder bis sechs Jahren waren alleine, Mädchen ab zehn Jahren und ältere wurden wie Vieh als Sklaven verkauft. Einen Bus mit jungen Männern hat man nach Til Binat geschickt, von einem Bus mit jungen Frauen fehlt jede Spur. Die Menschen in dem dritten Bus mussten dem IS als Soldaten und Sklaven dienen. Naif ist nach einem Monat entkommen. Durch die Schluchten und Berge konnte er sich in Sicherheit brin-

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung wurde der yezidische Glaube kurz dargestellt. Lassen Sie mich eines sagen: Unser Glaube ist ein toleranter Glaube, Yezide wird man nur durch Geburt, d. h. wir missionieren nicht. Das schließt aus, dass wir – notfalls mit Gewalt – andere Menschen bekehren wollen. Im Yezidentum sagt man, Gott schütze alle Völker und dann uns. Der Mensch ist gut, der Gutes leistet, unabhängig von seiner Religion. Eine gute Kooperation besteht traditionell mit christlichen Minderheiten in der Nahost Region, die gemeinsame Verfolgung durch die Mehrheitsreligion hat uns im Widerstand zusammengeführt.

In der Bundesrepublik befindet sich die zweitgrößte Gruppe der Anhänger des yezidischen Glaubens. Muttersprache der Yeziden ist kurdisch. Die Yeziden leben in der Südost-Türkei, in Syrien, Irak, Iran, Armenien, Georgien und hauptsächlich in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und den USA. Es gibt schätzungsweise 30–40 Millionen Kurden, unter denen die Yeziden ca. 800.000

gen. Ich habe ihn gefragt, welchen Dialekt die IS-Milizen gesprochen haben. Die meisten waren Araber aus der Nachbarschaft von Shengal. Leider, denn das heißt, die Araber, die jahrelang Ihre Nachbarn waren, haben sich dem IS angeschlossen und ihre yezidischen Nachbarn verraten. Auch er hat erlebt, wie Kinder für fünf Dollar an Familien als Sklaven verkauft und Mädchen um zehn Jahre von IS-Schergen missbraucht wurden. Als die Familie bemerkt hat, dass die Familien voneinander getrennt wurden, ist es ihnen gelungen zu fliehen.

In einem Camp in Akre hat der Muezzin Mulla ständig im Camp provoziert und es kam zu einer Rangelei. Alle muslimischen Männer aus den Nachbardörfern kamen, um Yeziden zu töten, deswegen mussten Yeziden aus ihrem Camp raus. Diesmal waren es keine Araber, die die Yeziden dort vertrieben haben, es waren Kurden.

Camp Sharia am 14. März 2017, Familie Faqire Mala Usso: Der Vater Hasan hilft von Anfang an bei der Selbstverteidigung der Yeziden. Bis vor kurzem hat er Menschen, die in den Bergen waren, beschützt. Ich habe ihn gefragt, was das schlimmste war, das er erlebt hat. Er sagte, er musste mit ansehen, wie Kinder verdurstet und verhungert sind. Auf der Flucht konnten Eltern ihre Kinder, die älter als fünf Jahre waren, nicht mitnehmen, weil sie für die Älteren zu schwer waren, um sie zu tragen. Das heißt, Kinder, die nicht in der Lage waren zu folgen, wurden in den Bergen allein gelassen. Die Familie besteht insgesamt aus 58 Personen – aber nur fünf sind bis jetzt befreit.

Ich könnte noch von sehr vielen weiteren Familien und ihren Schicksalen berichten. Es ist skandalös, dass ein Genozid vor den Augen der Welt in den Jahren 2015 bis 2017 stattfinden kann.

Die Yeziden sagen: »Gott schütze alle Völker der Welt und auch uns Yeziden«. Ich hoffe, die Weltöffentlichkeit nimmt das Schicksal der Yeziden wahr und leistet politische und wirtschaftliche Hilfe. 2018 werde ich wieder in den Nordirak fahren und berichten, was sich getan hat.

WAS MACHT EIGENTLICH DER ADFC BURGWEDEL?

Foto: shutterstock

Der ADFC hat sich vor einiger Zeit in unserer Reihe »Burgwedel im Gespräch« vorgestellt. Nachdem wir in der letzten Ausgabe den Hospiz-Verein vorgestellt haben, geben wir Ihnen heute weitere Informationen zum ADFC Burgwedel.

Burgwedel braucht dringend ein Radverkehrskonzept. Leider hat die Ratsmehrheit in der letzten Wahlperiode abgelehnt, ein externes Büro damit zu beauftragen. Die schlanke Burgwedeler Stadtverwaltung kann so ein Konzept nicht in angemessener Zeit und notwendiger Tiefe anfertigen, noch weniger ein ehrenamtlicher Verein wie der ADFC. Er untersucht zunächst eine Ortschaft nach der anderen. Wettmar war 2016 dran, Fuhrberg in diesem Jahr. Hier ist der gemeinsame Fuß- und Radweg an der Mellendorfer Straße eine kritische, z.T. sogar gefährliche Stelle. Als größeren Schritt in Richtung eines Radverkehrskonzepts haben sich Stadt und ADFC vorgenommen, Radschulwegpläne zu erstellen. Für die Grundschule Großburgwedel ist man hier schon voran gekommen. Als nächstes kommt das Schulzentrum dran, danach die Grundschulen in den Ortschaften.

Zur Radverkehrsinfrastruktur gehören aber nicht nur die vorhandenen bzw nicht vorhandenen Radwege. Radfahrer wollen ihre Räder schließlich auch abstellen, aber bitte nicht in abschreckenden ‚Felgenkillern'. Auf Anregung des ADFC und mit Unterstützung der Region Hannover hat die Stadt Burgwedel viele deutlich praktischere Anlehnbügel aufgestellt. Es wäre gut, wenn sich noch mehr Geschäftsinhaber und Grundstückseigentümer davon überzeugen ließen.

Nicht vergessen darf man, neben der inhaltlichen Arbeit, die notwendige formale Organisation. Dazu gehören monatliche Treffen des erweiterten Vorstandes, E-Mail-Rundbriefe an Mitglieder und Interessenten, Pflege der Netzseite, die notwendige Pressearbeit und die Pflege der Kontakte zu Vereinen, Verwaltung und Rat der Stadt Burgwedel. Wie fast alle Vereine hofft auch der ADFC auf weitere Mitarbeiter. Über seine Arbeit kann man sich u.a. auf der Netzseite **www.adfc-burgwedel.de** informieren.

Der ADFC Burgwedel ist eine Ortsgruppe des Vereins ADFC Region Hannover und der wiederum ist Teil des bundesweiten Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs. Sie wurde 2016 gegründet, hatte aber einige Vorläufer. So gab es z.B. von 1990 bis 1997 bereits eine Ortsgruppe Burgwedel/Isernhagen mit Ralf Kamieth als Sprecher.

Aktuell ist Steffen Timmann Vorsitzender, Helmut Dirks und Robert Lindner seine Stellvertreter.

KRANKENHAUSNEUBAU IN GROSSBURGWEDEL IST GESICHERT!

Land Niedersachsen übernimmt Verantwortung

Bürgermeister Axel Düker, Staatssekretär Jörg Röhmann, Landtagsbgeordneter Marco Brunotte und Regionsabgeordneter Andreas Strauch beim Krankenhaus Großburgwedel (v.l.n.r)

Foto: Jan Hartge

ZUM HINTERGRUND:

Krankenhausplanungsbehörde ist das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Es stellt unter Beteiligung des Krankenhausplanungsausschusses den Krankenhausplan auf oder schreibt ihn fort. Dem Planungsausschuss gehören Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden, der gesetzlichen Krankenkassen, der privaten Krankenversicherer und der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft an. Die Aufstellung des Krankenhausplans wird nach vorheriger Stellungnahme durch den Niedersächsischen Landtag von der Landesregierung beschlossen.

Wir werden auch weiterhin die Entwicklung des Krankenhauses aktiv und konstruktiv auf allen politischen Ebenen begleiten und setzen uns für eine qualitativ hochwertige Versorgung ein.

Von Andreas Strauch

Die Weichen sind gestellt: Einstimmiger Beschluss der Regionsversammlung für den Neubau des Krankenhauses in Großburgwedel und Erarbeitung eines Konzeptes und Förderantrages seitens der Geschäftsführung des Klinikums Region Hannover. Das Neubaukonzept sieht 372 Planbetten (jetzt 220) und ein Investitionsvolumen von 135 Millionen Euro vor. Es wird eine zusätzliche Spezialisierung im Bereich Herzkatheter und Schlaganfall (Stroke Unit) geben.

Ende Juli besuchte auf Einladung des Landtagsabgeordneten Marco Brunotte der Staatssekretär im Niedersächsischen Sozialministerium Jörg Röhmann das Krankenhaus in Großburgwedel. Nach einem Gespräch mit der Geschäftsführung und dem örtlichen Direktorium, an dem auch Bürgermeister Axel Düker und der Regionsabgeordnete Andreas Strauch teilnahmen, äußerte er sich positiv zu den geplanten Vorhaben. Er erklärte, dass das Land Verantwortung tragen werde. In welcher Höhe, ließ er erst einmal offen. Staatssekretär Röhmann erinnerte in diesem Zusammenhang allerdings an eine Förderzusage in Höhe von 25 Millionen Euro für das vor Jahren geplante Bettenhaus. Seiner Einschätzung nach könne in drei bis vier Jahren der Neubau starten – im Idealfall. Jetzt befassen sich das Land und der Krankenhausplanungsausschuss mit dem Thema.

WOHNEN IN BURGWEDEL: WAS LANGE WÄHRT, WIRD ENDLICH GUT…

Gartenhofquartier: Entwurf von »SacculoMassivhaus Guder Hoffend Architekten«

Von Jochen Rödiger

…heißt ein bekanntes Sprichwort. Schon 2009 hatte sich im Rahmen des Projekts Wohnwinkel eine Gruppe in der Seniorenbegegnungsstätte zusammen getan, um über die Frage »Wie wollen wir zukünftig in Burgwedel wohnen?« nachzudenken.

Die aus diesem Zusammenhang hervorgegangene Gruppe »Lebensraum Burgwedel« hat damals in ihrem Selbstverständnis formuliert: »Das Wohnprojekt ›Lebensraum-Burgwedel‹ ist für Mitglieder unterschiedlichen Alters mit individuellen Lebensformen offen. Unser Ziel ist, generationsübergreifend, nachbarschaftlich und im guten sozialen Miteinander zu wohnen und zu leben.«

Nach vielen Bemühungen, ein geeignetes Grundstück zu finden, musste die Gruppe aufgeben. Grund und Boden sind in Burgwedel knapp und begehrt. Nun, neun Jahre später, werden Ideen von damals in der Wohnbebauung des Baugebietes Pöttcherteich Wirklichkeit. Das Areal von ca. 20.000 qm städtischen Baulands wird zu ca. zwei Dritteln mit Einfamilienhäusern bebaut. Für die Vergabe der knapp 30 Grundstücke wurde ein reformiertes Bewerberverfahren verabschiedet, in welchem nicht nur kinderreiche Familien, sondern auch andere Zielgruppen und Kriterien berücksichtigt wurden. Ehrenamtliche Tätigkeit, die Vereinigung von Familiengenerationen und Pflegebedürftigkeit spielen jetzt eine wichtige Rolle. Die Grundstücke werden nun zu 60 Prozent an Familien, zu 30 Prozent an Senioren und zu 10 Prozent an sonstige Bewerbergruppen vergeben.

Im Herbst 2017 wurden alle Bauplätze nach diesen neuen Vergabekriterien zu einem verhältnismäßig günstigen Preis von 250 Euro pro Quadratmeter vergeben (der Marktpreis würde wohl so um die 350 Euro und mehr liegen). Der großen Nachfrage nach Bauplätzen in Großburgwedel kann so ein wenig entsprochen werden.

Für die restlichen 7.000 qm wurden mittels einer Ausschreibung Investoren gesucht, die nach vorgegeben Kriterien einen Entwurf einreichen konnten. Ein Bürgerworkshop im November 2015 hatte diese Kriterien formuliert: Bezahlbares, barrierefreies und generationsübergreifendes Wohnen sind die entscheidenden Wünsche der Burgwedeler*innen. Auf die Ausschreibung haben sich fast 30 Investoren beworben. Die drei besten, ausgewählt von einem Gremium aus Verwaltung und Ratsmitgliedern, stellten ihre Ideen dem Rat und der Öffentlichkeit vor. Favorisiert wurde der Vorschlag von»SacculoMassivhaus Guder Hoffend Architekten« – Gartenhofquartier, die 56 Wohneinheiten planen (Kaufpreis zwischen 2.800 und 3.200 Euro pro Quadratmeter), davon 28 als Mietwohnungen (zwischen 7,00 und 7,50 Euro pro Quadratmeter) und davon wieder sechs staatlich geförderte Wohnungen, die zu einem Preis von 5,50 Euro an Berechtigte vermietet werden sollen. Das Besondere an diesem Vorschlag ist, dass die PKW-Stellplätze alle außerhalb der Wohnbebauung angesiedelt sind und der Innenhof somit frei vom Autoverkehr bleibt. Neun Jahre nach der Initiative »Lebensraum Burgwedel« wird also umgesetzt, was Bürger*innen sich damals erträumt hatten. Für die 56 Wohnungen am Pöttcherteich kann sich nun jeder bewerben *SIEHE* **www.burgwedel.de, Stichwort: Gartenhofquartier**

Das Angebot an Wohnungen unterschiedlicher Größen im Gartenhofquartier wird auch ältere Bewerber*innen anlocken, die heute in manchmal viel zu großen und wenig altersgerechten Häusern wohnen. Städtebauliches Ziel ist, dass diese ihre Häuser dann auf dem Burgwedeler Wohnungsmarkt anbieten, so dass sie von jungen Familien erworben werden können, die damit eine Chance haben, sich in Burgwedel anzusiedeln.

Allerdings darf nicht verkannt werden, dass der Häuser- und Wohnungsmarkt – wie in so vielen Regionen gerade in und rund um große Zentren – »heiß gelaufen« ist. Auch für Häuser aus den 70er Jahren werden in Burgwedel Preise von 2.500 Euro und mehr pro qm verlangt und auch bezahlt, so dass der Einstieg für junge Familien sehr schwierig ist.

Die SPD im Bund plant deshalb ein Familienbaugeld, das abhängig von Einkommen und Kindern bis zu 20.000 Euro betragen kann, wenn Familien Wohneigentum erwerben. Der Betrag kann als Eigenkapital bei der Finanzierung eingebracht werden.

Die SPD in Burgwedel wird sich dafür einsetzen, dass weiterhin städtisches Bauland entwickelt und angeboten wird. Überlassen wir den Wohnungsbau der »unsichtbaren Hand« des Marktes, so entstehen Wohnungen im oberen Preissegment (4.000 Euro und mehr), was nur von wenigen bezahlt werden kann.

Für uns ist Wohnraum ein besonderes Gut, das zu den Grundbedürfnissen der Menschen gehört. Aus diesem Grund bedarf Wohnraum der besonderen Förderung.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Burgwedel
Hannoversche Straße 9, 30938 Burgwedel

V.i.S.d.P.: Andreas Strauch

Redaktion: Karin Beckmann, Stephan Nikolaus-Bredemeier, Jochen Rödiger, Lars Rosenbusch

Bildnachweis: Jan Hartge, Stephan Nikolaus-Bredemeier, Bedri Özdemir, Jochen Rödiger, shutterstock

Satz und Gestaltung: Anette Gilke

VON DER KITA BIS ZUM BERUF: CHANCENGLEICHHEIT UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL

Von Karin Beckmann

Chancengleichheit unabhängig vom Geldbeutel ist die klare Zielsetzung der SPD in Niedersachsen. Dieses Ziel erfordert viele einzelne Vorhaben, die in den letzten Jahren konsequent angefasst und umgesetzt worden sind. Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen hat als eine der ersten Beschlüsse nach dem Regierungswechsel 2013 die Studiengebühren abgeschafft. Denn die Chance zu studieren soll nicht vom Geldbeutel der Eltern, sondern vom Talent und Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen abhängen. Um allen Kindern die Möglichkeit zu bieten, eben diese Talente und Interessen in ihrer Schulzeit möglichst gut zu entwickeln, wurde 2014 außerdem die Integrierte Gesamtschule als ersetzende Schulform eingeführt. Großer Vorteil der IGS ist, sie verlangt nicht die Festlegung, wohin die Reise nach der Grundschule gehen soll. Die Entscheidung für eine Ausbildung im Handwerk, im Dienstleistungssektor oder Industrie kann genauso am Ende der Schulzeit stehen wie das Abitur oder das Fachabitur. Für diejenigen, die sich nach der Grundschule schon entscheiden können, ist das Gymnasium sicherlich auch eine gute Wahl. Für alle anderen bietet die IGS Zeit und Möglichkeit, den eigenen Weg zu finden.

Aber auch die frühkindliche Bildung kann schon vor der Schulzeit Weichenstellungen für den weiteren Werdegang erleichtern. Darum will die SPD nach der Landtagswahl als nächsten Schritt die Kita-Gebühren in Niedersachsen abschaffen. Denn auch hier sollen alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, ganz unabhängig davon, wo ihre Eltern arbeiten und wie viel Geld sie verdienen.

Damit nicht nur das Studium als Weg zur beruflichen Entwicklung allen offen steht, sondern auch Ausbildung und Weiterbildung zum Meister im Handwerk leichter fallen, hat die rot-grüne Landesregierung kürzlich eine Meisterprämie in Höhe von 4.000 Euro eingeführt. Denn die Meisterausbildung ist eine Alternative zum Aufstieg ohne Studium und besonders Meisterinnen und Meister werden gebraucht, um junge Leute gut auszubilden.

Ein weiterer Baustein: Es kann doch nicht angehen, dass gerade in den Pflegeberufen, in denen dringend Nachwuchs gebraucht wird, die jungen Leute für ihre Ausbildung noch Geld mitbringen müssen. Deshalb wurde die Schulgeldfreiheit in der

Foto: shutterstock

Altenpflege bereits 2014 von der rot-grünen Landesregierung gesetzlich verankert und finanziert!

Die SPD in Niedersachsen redet nicht nur von Chancengleichheit, sie sorgt konsequent dafür, dass Schritt für Schritt Bildung für alle kostenfrei wird, egal für welchen Weg Sie sich entscheiden.

ZIEL ERREICHT – DIE JUGEND-NETZCARD KOMMT

Gemeinsam haben wir bei der Kommunalwahl 2016 für ein stark vergünstigtes Schüler_innenticket in der Region Hannover geworben. Sowohl während des Wahlkampfs als auch in den Koalitionsverhandlungen haben wir uns immer wieder für diese zentrale Forderung eingesetzt. Unser Erfolg: Dieses für uns so wichtige Vorhaben wurde schließlich im Koalitionsvertrag fest verankert.

Nun ist es endlich soweit. Ab dem 1. Januar 2018 wird es ein stark vergünstigtes ÖPNV-Angebot für alle Kinder und Jugendlichen einschließlich des 22. Lebensjahres geben. Statt der bisher bestehenden Spar-Card Schüler zum Preis von 51,40 Euro (für 4 Zonen) wird es im kommenden Jahr die Jugend-NetzCard zum fairen Monatspreis von 15 Euro geben.

Ein weiterer Vorteil: Mit der Jugend-NetzCard können junge Menschen beliebig oft und vor allem ohne Zeit- oder Zonenbeschränkungen (24 Stunden, 7 Tage die Woche) im ÖPNV der Region Hannover fahren! Darüber hinaus steht dieses Angebot nicht nur Schülerinnen und Schülern aller Jahrgangsstufen, sondern auch allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in einer schulischen Ausbildung befinden oder ein freiwilliges Jahr absolvieren, zur Verfügung. Denn teure Schüler_innentickets dürfen den Besuch einer etwas weiter entfernten Schule oder den Beginn einer schulischen Ausbildung nicht erschweren.

Für viele junge Menschen bedeutet die Einführung der Jugend-NetzCard daher Mobilität für Freizeit, Schule und Ausbildung. Für Eltern bedeutet die Jugend-NetzCard außerdem eine spürbare und sichtbare Ersparnis beim Kauf der Monatskarten ihrer Kinder.

Somit ist die Einführung der Jugend-NetzCard ab dem 1. Januar 2018 für uns Sozialdemokrat_innen sowohl ein Erfolg als auch eine Herzensangelegenheit, da sich junge Menschen nun unabhängig von ihrer finanziellen Situation frei, eigenständig und zu fairen Bedingungen in der Region Hannover bewegen können.